

Der Weg über die Alpen

Mario Monti vermittelt zwischen den nördlichen und den südlichen Euro-Ländern.

Seit einigen Jahren lebe ich, im übertragenen Sinne, in den Alpen. In der europäischen Debatte fungiere ich nämlich einerseits als Übersetzer des Begriffes Disziplin in die mediterranen Sprachen, andererseits vermittele ich den nördlichen EU-Nachbarn die berechtigten Vorbehalte vieler Südeuropäer.

Der Schlüssel für die Zukunft Europas liegt in gegenseitigem Lernen. Südeuropa muss bei seiner Hinwendung zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft auch die Vorzüge von Ausgabendisziplin im öffentlichen Sektor schätzen lernen. Umgekehrt muss der Norden, voran Deutschland, erkennen, dass die Sparanstrengungen der Südländer ohne einen wachstumsfreundlicheren europapolitischen Rahmen keine nachhaltigen Erfolge bringen werden.

Als die EU das Defizitverfahren gegen Italien nach zwei Jahren strikter Ausgabendisziplin im Mai 2013 einstellte, empfanden das viele meiner Landsleute fälschlich wie eine Entlassung aus dem Gefängnis. Einige werteten dies sogar als Eingeständnis der EU, dass ihre Sparauflagen zu streng seien. Prompt wurde die Forderung nach höheren Staatsausgaben wieder laut.

Entspannen wird sich die Haushaltslage in Südeuropa aber erst, wenn es zu einem grundlegenden Kulturwandel kommt. Das bedeutet, die breite Öffentlichkeit muss zu der - leider nicht ganz intuitiven - Erkenntnis gelangen, dass sich Haushaltsdisziplin am Ende auszahlt. Dazu muss es der Politik gelingen, dem Bürger zu vermitteln, dass die Sparanstrengungen kein Zwangsoffer an irgendwelche Götter aus dem Norden darstellen, sondern eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln.

Aber auch die nördlichen EU-Staaten haben eine Bringschuld. Ihnen fehlt es an Verständnis, dass der Maastrichter Vertrag nicht ausreichend zwischen öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben unter-



action press [M]

scheidet. Deshalb wurde seit Inkrafttreten des Stabilitätspakts der Investitionsbereich vernachlässigt, was für die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Landes fatal ist.

Auch wenn es nicht leicht ist, zwischen produktiven und Pseudo-Investitionen zu unterscheiden, ist dies kein Grund, Investitionen der öffentlichen Hand grundsätzlich als Konsumausgaben zu werten und ihnen jeden produktiven Nutzen abzuspriechen, wie es der Stabilitätspakt suggeriert.

Seit sich Europas Süden verantwortungsbewusster verhält und sich den wirtschafts- und finanzpolitischen Konzepten des Nordens annähert, sind die EU-Institutionen - und bis zu einem gewissen Grad wohl auch Deutschland - eher bereit, den Defizitsünden mehr Flexibilität bei Investitionsvorhaben im öffentlichen Sektor einzuräumen, ohne freilich den Pakt aufzuweichen.

Allerdings dürfen dringend notwendige Strukturreformen darüber nicht in Ver-

gessenheit geraten. Während viele EU-Mitglieder die Sanierung ihrer Haushalte erfolgreich in Angriff genommen haben, scheuen die meisten vor tiefgreifenden Reformen zurück. Dabei ist völlig klar: Ohne sie wird die Wettbewerbsfähigkeit auf der Strecke bleiben.

Haushaltsdisziplin ist in Europa offenbar viel leichter zu erreichen als Strukturreformen: Regierungen stoßen bei strukturellen Fragen oft auf den Widerstand politisch gut organisierter Interessengruppen. Zudem werden nationale Strukturreformen von der EU kaum unterstützt. Weil Haushaltsdisziplin das zentrale Credo der Währungsunion ist, wurde dieser Bereich mit weit mehr Restriktionen, Kontrollen und Geldstrafen belegt. Wenn Brüssel primär auf die Einhaltung von Sparauflagen pocht und Strukturreformen im eigenen Land auf wenig Gegenliebe stoßen, geht man den Weg des geringsten Widerstands und konzentriert sich auf die Haushaltskonsolidierung.

Vor diesem Hintergrund ist die jüngste Neuausrichtung der EU-Politik sehr zu begrüßen - nicht weg von der Haushaltsdisziplin, aber doch hin zu mehr länderspezifischen Empfehlungen auf dem Gebiet struktureller Reformen. Es wäre gut, konkrete Reformen zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten vertraglich festzuschreiben. Damit hätte die EU mehr Einfluss auf die nationalen Regierungen, während deren Position gegenüber den organisierten Interessen im eigenen Land gestärkt würde. Flankiert durch einen geeigneten Finanzierungsmechanismus für reformwillige Staaten, die unter hohen Zinsaufschlägen leiden, könnte es gelingen, Europa auf den Pfad zu mehr Wachstum und Beschäftigung zurückzuführen.

Der Autor war Ministerpräsident von Italien und Vorsitzender des Rats für die Zukunft Europas am Berggruen Institute on Governance. gastautor@handelsblatt.com

Nie war Wirtschaft so mitreisend.
Mehr sehen. Mehr erleben. Mehr wissen.
Die App der WirtschaftsWoche - jetzt einen Monat gratis testen!
Jetzt auch für das iPhone!

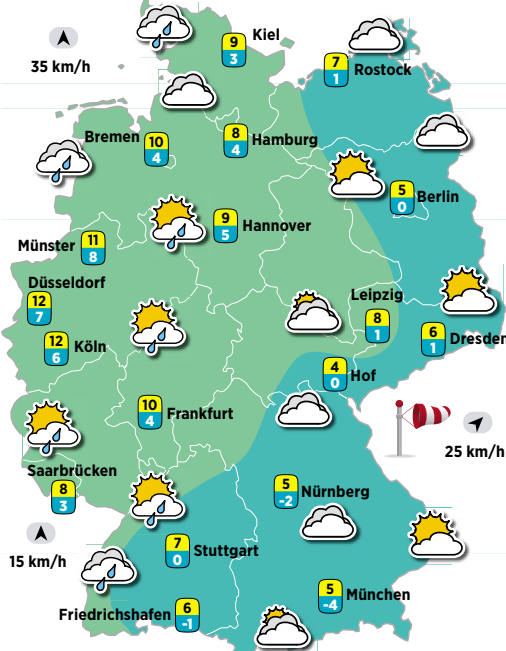
BUSINESS-WETTER 02.01.

HEUTE: Oft gibt es dichte Wolken und es regnet ab und zu

Am **VORMITTAG** regnet es im Westen sehr häufig, Richtung Osten nimmt der Niederschlag ab. Die Schneefallgrenze liegt meist um 1100m Seehöhe. -- **IM TAGESVERLAUF** breitet sich das Regenband zwar weiter in den Osten aus, es wird gleichzeitig aber schwächer. Im Osten und Südosten bleibt es häufig trocken. Höchstwerte zwischen 3 und 12 Grad. -- Der **WIND** weht schwach bis mäßig, an den Küsten frisch aus Südost bis Südwest. -- In der **NACHT** zieht die Störung samt Niederschlägen allmählich ab.

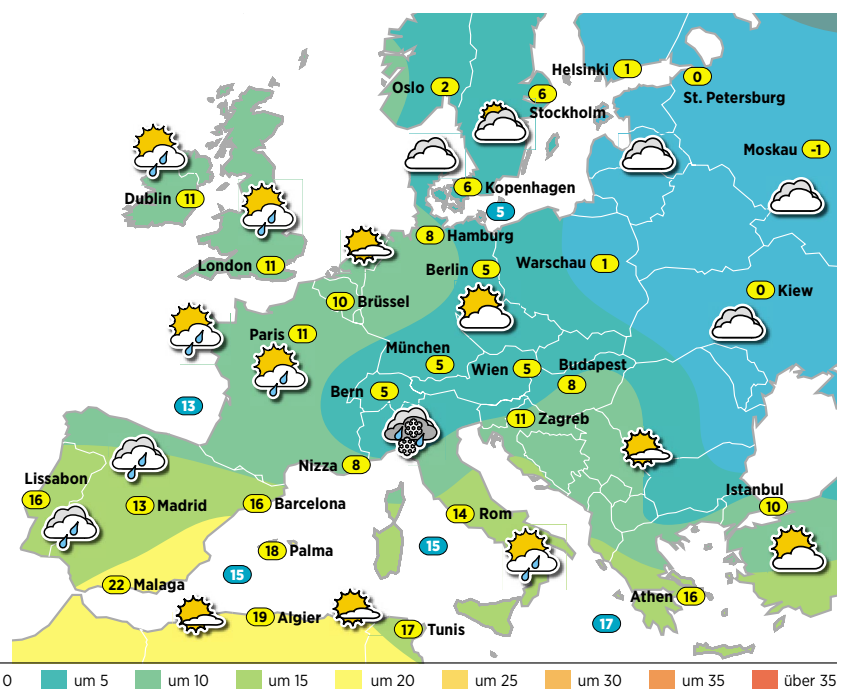
Aussichten	Freitag	Sonnabend	Sonntag
Norden	☁️ 4° 9°	☁️ 5° 8°	☁️ 2° 6°
Mitte	☁️ 3° 11°	☁️ 3° 10°	☁️ 5° 9°
Süden	☀️ -1° 10°	☁️ 2° 7°	☁️ -2° 5°

Deutschland heute



Welt

Amsterdam	10°
Bangkok	31°
Buenos Aires	32°
Chicago	0°
Genf	7°
Hongkong	19°
Johannesburg	29°
Kairo	20°
Kapstadt	29°
Los Angeles	25°
Mailand	4°
Manila	31°
Mexiko Stadt	21°
Miami	29°
New York	4°
Peking	7°
Prag	3°
Stockholm	6°
Tokio	11°
Washington	9°
Wien	5°
Zürich	2°



Handelsblatt | Mehr Wetter unter www.handelsblatt.com/wetter | Quelle: wetter-deutschland.com